



# Antragsbuch

## für die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Mitte

**am 22. Oktober 2016**

Antragsschluss: 07.10.2016  
Sitzung der Antragskommission: 22.10.2016 (vor der KDV)

### **Die Empfehlungen der Antragskommission werden auf der KDV nachgereicht.**

Erläuterungen:  
Abstimmungsergebnis der Antragskommission werden mit (Ja/Nein/Enthaltung) angegeben.

(K) = Antrag auf der Konsensliste.

Die Antragskommission schlägt solche Anträge zur gemeinsamen Beschlussfassung über eine Konsensliste vor, bei denen in der Antragskommission keine Gegenstimme gegen das Votum abgegeben wurde. Sofern aus der Mitte der Kreisdelegiertenversammlung Widerspruch gegen eine derartige Behandlung eines Antrages besteht, wird gebeten, die Vorsitzende / den Vorsitzenden der Antragskommission und/oder das Sitzungspräsidium hiervon so frühzeitig wie möglich in Kenntnis zu setzen, damit der betreffende Antrag von der Konsensliste genommen wird.

Sofern sich bei längeren Anträgen die Fassung der Antragskommission lediglich in wenigen Passagen von der Ursprungfassung unterscheidet, werden die betreffenden Passagen durch Unterstreichungen hervorgehoben.

## Inhaltsverzeichnis

<b>bezirksbezogene Anträge</b>		<b>1</b>
<b>A05/III/2016</b>	<b>Abteilung Friedrichstadt</b>	
Räumlichkeiten für Tagesmütter		
.....		1
<b>A06/III/2016</b>	<b>Abteilung Friedrichstadt</b>	
Bewohnerparkzone einrichten		
.....		1
<b>Anträge an den Landesparteitag</b>		<b>2</b>
<b>A01/III/2016</b>	<b>Abteilung 16. „Grünes Dreieck“</b>	
Leistungen für Menschen mit Behinderungen nicht einschränken!		
.....		2
<b>A02/III/2016</b>	<b>Jusos Mitte</b>	
Förderung des Breitbandausbaus durch das Land Berlin		
.....		2
<b>A03/III/2016</b>	<b>Jusos Mitte</b>	
Ein Recht auf Kultur – Kultur für Alle!		
.....		3
<b>A04/III/2016</b>	<b>Jusos Mitte</b>	
Die Medizin für einen kranken Staat ist ein Soldat		
.....		6

**bezirksbezogene Anträge**

1 **A05/III/2016**

2 **Abteilung Friedrichstadt**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Räumlichkeiten für Tagesmütter**

6 Die SPD-Fraktion in der BVV wird gebeten, zu prüfen  
7 inwieweit Tagesmüttern Räumlichkeiten für Sport und  
8 Bewegung in kalten Jahreszeiten zur Verfügung gestellt  
9 werden können. Außerdem soll das Angebot von Tages-  
10 müttern besser kommuniziert werden. Tagesmütter  
11 sollten nicht als Ergänzung zu Kindergärten sondern als  
12 eigenständiges Angebot zur Kinderbetreuung stärker  
13 gefördert werden.  
14

---

15 **A06/III/2016**

16 **Abteilung Friedrichstadt**

17 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

18

19 **Bewohnerparkzone einrichten**

20 Die SPD-Fraktion in der BVV wird gebeten sich dafür  
21 einzusetzen, in der Krausenstraße, eine Bewohnerpark-  
22 zone einzurichten.  
23

24 **Begründung**

25 Begründung aus Leitfaden Parkraumbewirtschaftung  
26 [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik\\_](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik_planung/strassen_kfz/parkraum/download/leitfaden_parkraumbewirtschaftung.pdf)  
27 [planungs/strassen\\_kfz/parkraum/download/leitfaden\\_parkra](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik_planung/strassen_kfz/parkraum/download/leitfaden_parkraumbewirtschaftung.pdf)  
28 [umbewirtschaftung.pdf](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik_planung/strassen_kfz/parkraum/download/leitfaden_parkraumbewirtschaftung.pdf)

29 Bei Nachfrageüberlagerungen von Bewohnern und Be-  
30 rufspendlern oder von Bewohnern und Besuchern von  
31 Freizeit-/Gastronomieeinrichtungen kann die Einrich-  
32 tung von Bewohnerparkbereichen zweckmäßig sein.  
33 Möglicherweise können diese Bereiche in größere Be-  
34 wirtschaftungsgebiete integriert werden und diese ab-  
35 runden. Da für den öffentlichen Straßenraum Gemein-  
36 gebrauch gilt, ist das reine Bewohnerparken räumlich  
37 zu begrenzen (vgl. Kapitel 4.1 „Rechtliche Rahmenbedin-  
38 gungen“). Wird die Auslastung von 90 % nachts deut-  
39 lich überschritten, können ergänzende Maßnahmen,  
40 z.B. die Erweiterung („Quartiersgaragen“) oder Opti-  
41 mierung der Nutzung des privaten Stellplatzangebotes  
geprüft werden.

## Anträge an den Landesparteitag

1 **A01/III/2016**

2 **Abteilung 16. „Grünes Dreieck“**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Leistungen für Menschen mit Behinderungen nicht**  
7 **einschränken!**

8 Selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben  
9 muss jedem unabhängig von der Art oder Intensität  
10 seiner Beeinträchtigung zustehen. Menschen mit  
11 bestimmten Formen der Behinderung oder einem be-  
12 stimmten Bedarfsumfang dürfen nicht von Leistungen  
13 ausgeschlossen werden. Leistungen zur Teilhabe sind  
14 deshalb in § 99 SGB IX so auszugestalten, dass kein  
15 Mensch mit einem Teilhabebedarf ausgeschlossen  
16 wird.

17

18 **Begründung**

19 Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel der SPD, mit  
20 dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) Menschen mit Be-  
21 hinderungen mehr Teilhabe zu ermöglichen. Wir teilen  
22 jedoch die Sorge, zahlreicher Verbände von Menschen  
23 mit Behinderungen, dem Deutschen Behindertenrat so-  
24 wie Verena Bentele, dass zukünftig Menschen aus dem  
25 System heraus fallen könnten, die zuvor Leistungen  
26 erhalten haben. Gemäß dem aktuellen Gesetzesent-  
27 wurf muss man, um Leistungen zu erhalten, in 5 von  
28 9 Lebensbereichen eingeschränkt sein (§ 99 SGB IX).  
29 Wir befürchten, dass wer zum Beispiel aufgrund einer  
30 Sehbehinderung Hilfe zur Mobilität und beim Lernen  
31 benötigt, zukünftig keine Leistungen mehr erhält:  
32 „Die Folge wäre, dass notwendige Unterstützung in  
33 einzelnen Lebensbereichen (z. B. bei Bildung oder  
34 Kommunikation) trotz bestehenden Hilfebedarfs nicht  
35 mehr gewährt wird“ (Deutscher Behindertenrat et al.,  
36 2016).

---

37 **A02/III/2016**

38 **Jusos Mitte**

39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

41

42 **Förderung des Breitbandausbaus durch das Land Berlin**

43 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abge-  
44 ordnetenhaus daher dazu auf sich für eine Förderung  
45 des Breitbandausbaus durch das Land Berlin bei  
46 Bodenarbeiten im Straßenbereich und Sanierungen  
47 sowie Neubauten von Wohnhäusern seitens privater  
48 Bauvorhabensträger\*Innen durch die Verlegung von  
49 Leerrohren und Leerleitungen aus Glasfaser (Dark  
50 Fiber), die im Anschluss an Telekommunikationsanbie-  
51 ter\*Innen vermietet werden können, starkzumachen.

1

2 **Begründung**

3 Eine gut ausgebaute Netzinfrastruktur ist die Basis  
4 für eine fortschrittliche und gleichberechtigte Ge-  
5 sellschaft. Mit Hilfe des Breitbandausbaus können  
6 schnelle Datenübertragungsraten gewährleistet und  
7 somit Wissen und Informationen schnellstmöglich  
8 ausgetauscht werden. Dies stärkt unter anderem die  
9 lokale Wirtschaft und trägt zu einem freiheitlichen  
10 Zugang zu Bildung bei.

11 Zwar erhält das Land Berlin bis 2018 vom Bund ei-  
12 ne Förderung in Höhe von 31,3 Millionen Euro, um die  
13 Breitbandversorgung von mindestens 50 Mbit/s zu ge-  
14 währleisten, doch von diesem Ziel ist das Land Ber-  
15 lin noch weit entfernt. Insbesondere in Außenbezir-  
16 ken ist der Zugang zu schnellem Netz eingeschränkt.  
17 Dabei liegt das Problem zumeist bei der sogenann-  
18 ten „Letzten Meile“, also dem letzten Abschnitt ei-  
19 ner Leitung, die schließlich vom DSLAM (hier laufen  
20 die Teilnehmer\*Innenanschlussleitungen zusammen)  
21 direkt zum Haushalt führt. Aufgrund monopolarti-  
22 ger Strukturen der Telekommunikationsanbieter\*Innen  
23 und Carrier liegt auf dieser letzten Meile statt Glasfa-  
24 ser nur das billigere und stör anfälligere Kupferkabel, da  
25 ein Ausbau der Leitungen, vor allem aufgrund der Bo-  
26 denarbeiten, mit hohen Kosten verbunden ist. Die Folge  
27 ist, dass selbst wenn beim DSLAM Glasfaser anliegt, die  
28 Datenübertragung zum Nutzer\*Innenhaushalt deutlich  
29 verlangsamt ist.

30 Um diese Situation langfristig zu verbessern, soll es ver-  
31 pflichtend werden, bei Bodenarbeiten seitens der Stadt-  
32 werke und der öffentlichen Hand, Leerrohre sowie Leer-  
33 leitungen aus Glasfaser zu verlegen, die ein erneutes  
34 Öffnen des Straßenbereichs zum späteren Ausbau un-  
35 nötig und damit ungleich kostengünstiger machen. Die  
36 Kosten können durch die Vermietung besagter Leer-  
37 rohre und – leitungen an Telekommunikationsanbie-  
38 ter\*Innen wieder neutralisiert werden.

39 Des Weiteren sollen bei Wohnungsbau und Sanierun-  
40 gen durch private Bauvorhabensträger\*Innen die Instal-  
41 lation besagter Leerrohre und Leerleitungen gefördert  
42 werden. Die Kosten hierfür sollen perspektivisch durch  
43 die Vermietung an Provider\*Innen gedeckt sein.

44 **A03/III/2016**

45 **Jusos Mitte**

46 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

47 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

48

49 **Ein Recht auf Kultur – Kultur für Alle!**

50 Wir setzen uns für eine inklusivere und sozial gerechtere  
51 Kulturpolitik ein und fordern daher

- 52 • einen kostenfreien Zugang zu staatlichen Museen,  
53 Ausstellungen und öffentlichen Theaterhäusern für  
54 Studierende, Schüler\*innen und Transferleistungs-  
55 empfänger\*innen
- 56 • die Förderung kultureller Projekte an Bildungsein-

- 1 richtungen.
- 2 • eine stärkere Einbindung und Förderung von Kul-
- 3 turschaffenden mit Migrationsbiographie in die
- 4 Kunst- und Theaterszene Berlins.
- 5 • die finanzielle Stärkung inklusiver Projekte und die
- 6 Anpassung des Arbeitsentgelts auf ein gleiches Ni-
- 7 veau.
- 8 • Gender Mainstreaming und interkulturelle Aspekte
- 9 berücksichtigen sowie Gender Budgeting anwen-
- 10 den
- 11 • Bei subventionierten kulturellen Einrichtungen
- 12 muss es einen Haustarif für die dort auftretenden
- 13 Künstler\*innen geben. – der Mindestlohn muss flä-
- 14 chendeckend für die Kreativ- und Kulturwirtschaft
- 15 und v.a. für die Arbeit in Behindertenwerkstätten
- 16 gelten.

17 **Begründung**

18 Berlin hat eine pulsierende und internationalgeschätz-

19 te Kulturlandschaft, welche die vielen jährlich hier-

20 her kommenden Besucher\*innen sowie die hier leben-

21 den Menschen begeistert und die Stadt lebenswer-

22 ter macht. Mehr als 160.000 Beschäftigte wirken in

23 der Kultur- und Kreativwirtschaft, 20.000 professionel-

24 le Künstler\*innen arbeiten hier in diversen Kunstprojek-

25 ten, großen staatlichen Museen, Theatern oder aber in

26 kleinen, unabhängigen Projekten. Das Angebot in Berlin

27 ist groß, die Berliner Kulturlandschaft unkonventionell.

28 Berlin bietet künstlerische Freiräume, die wichtige Auf-

29 gaben für ein solidarisches Miteinander übernehmen.

30 Wir wollen diese Kulturlandschaft erhalten und uns da-

31 für einsetzen, dass weiterhin eine Entwicklung möglich

32 ist, die ein kiezspezifisches Angebot schafft und dabei

33 auf ein ausgewogenes Verhältnis von Kultur mit kom-

34 merziellem wie nicht-kommerziellem Charakter achtet.

35 Die kulturelle Landschaft ist ein wichtiger Bestandteil

36 unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft.

37 Nicht nur, weil Kulturschaffende tagespolitische The-

38 men schwerpunktmäßig in den Mittelpunkt ihrer

39 künstlerischen Arbeit stellen; kulturelle Angebote

40 sind auch Bildungsangebote, die vielerorts einen be-

41 deutenden Bezugspunkt für gelebte Integration und

42 Austausch zwischen verschiedenen Lebensmodellen

43 und kulturellen Settings darstellen. Kultur als von

44 Menschen für Menschen geschaffene Ausdrucksform

45 ist dabei ein kommunikatives Medium verschiedener

46 Diskussionen, Erzählungen und/oder politischer Ansich-

47 ten. In einer pluralistischen Gesellschaft thematisieren

48 emanzipierte kulturelle Erzeugnisse (kritisch) aktuelle

49 Entwicklungen und machen auf Missstände auf-

50 merksam. Beispielsweise sind Theaterhäuser für viele

51 Menschen nicht nur Unterhaltungsmedien, sondern

52 beinhalten darüber hinaus eine Kontaktebene, die den

53 (inter-)kulturellen Austausch ermöglicht.

54 Unser Kulturverständnis muss inklusiv sein. An vielen

55 Stellen jedoch versperren Hürden den Zugang zu kul-

56 tureller Partizipation, das wiederum eine Ungleichheit

57 nach sich zieht, die es zu überwinden gilt. Der in der

58 Berliner Verfassung verankerte Grundsatz, ein freiheitlich-

59 es Kunstleben zu erhalten bzw. dieses zu fördern (Art

1 20, 21 VvB) stellt zwar keine politische Verpflichtung zur  
2 Erhaltung oder Errichtung bestimmter kultureller Ein-  
3 richtungen dar. Dennoch erwächst daraus ein kulturpo-  
4 litischer Gestaltungsauftrag. Dieser sollte in erster Li-  
5 nie einem partizipatorischen Kulturverständnis folgen  
6 und allen Menschen einen Zugang zu den zahlreichen  
7 kulturellen Angeboten ermöglichen. Dabei ist darauf zu  
8 achten, dass profitorientierte Einrichtungen keine Mo-  
9 nopolstellung innerhalb der Kulturlandschaft einneh-  
10 men. Die Förderung der „großen“ Theater, Konzerthäu-  
11 ser etc. darf nicht zu Ungunsten unabhängiger, kleiner  
12 Kulturprojekte erfolgen. Diese müssen nachhaltig ge-  
13 fördert und zugleich Teil der Strukturen im Kiez wer-  
14 den, so dass wiederum Menschen solidarisch miteinan-  
15 der umgehen und der (inter-)kulturelle Austausch über  
16 die kulturellen Angebote ermöglicht wird. Kulturprojek-  
17 te in der Nachbarschaft sollen stärker gefördert werden.  
18 Die Politik muss die Potenziale der Stadt Berlin sowohl  
19 auf Landesebene als auch in den Bezirken besser erken-  
20 nen und ausschöpfen. Dafür muss ein besserer Dialog  
21 zwischen den Bezirksverordnetenversammlungen und  
22 der Senatskanzlei, aber auch den Kulturschaffenden so-  
23 wie -rezipierenden entstehen.

24 Kultur ist ein Teil der (Heraus-)Bildung eines reflektier-  
25 ten, kritischen und emanzipierten Umgangs mit der  
26 eigenen Lebenswelt. Gerade junge Menschen sollten  
27 frühzeitig von den vielfältigen Angeboten profitieren  
28 können. Aber auch Menschen, die aufgrund von finanzia-  
29 len Hürden nicht auf das Angebot Zugriff haben müs-  
30 sen in einer progressiven Kulturlandschaft mitgenom-  
31 men werden. Um Empfänger\*innen von Transferleis-  
32 tungen den Zugang zum kulturellen Angebot zu erleich-  
33 tern gibt es bislang das 3-Euro-Kulturticket. Dieses In-  
34 strument geht in die richtige Richtung und muss weiter  
35 Fördermitteln des Landesunterstützt sowie öffentlich-  
36 keitswirksam beworben werden. Wir plädieren in die-  
37 ser Hinsicht für eine Öffnung der Museen, Ausstellun-  
38 gen und Theaterhäuser und fordern die Abschaffung  
39 des Eintrittsgeldes. *(Nur für Museen und Ausstellungen,  
40 oder soll das auch fürs Theater gefordert werden?)*

41 Gerade in Bildungsinstitutionen wie Hochschulen und  
42 Schulen muss der Zugang zu kulturellen Einrichtungen  
43 gefördert werden, weil nur somit politische Bildung im  
44 Sinne unserer sozialdemokratischen Grundwerte „Frei-  
45 heit, Gerechtigkeit und Solidarität“ betrieben werden  
46 kann. Theater ist gewissermaßen immer ein Spiegel der  
47 Gesellschaft. Es gibt viele Theaterprojekte an Schulen  
48 wie z.B. das Theaterstück „Mutter Courage“, die The-  
49 men wie Rassismus und Ausgrenzung thematisieren.  
50 So kann angesichts von rechtspopulistischen Tenden-  
51 zen in unserer Gesellschaft das Demokratieverständ-  
52 nis von jungen Menschen auch auf spielerische Art und  
53 Weise geformt und gefördert werden. Allerdings fehlt  
54 vielfach staatliche finanzielle Unterstützung, um vor-  
55 handene Projekte auszubauen und an die Schulen tra-  
56 gen zu können.

57

58 Durch den Ausbau eines kostenfreien Zugangs können  
59 Bevölkerungsgruppen, die sonst im Zugang zu kulturel-

1 len Gütern diskriminiert werden, gesellschaftlich eingegliedert statt ausgegrenzt werden. Der Geldbeutelentscheidet leider immer noch über die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gerade für Empfänger\*innen von Transferleistungen bleiben die Türen zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen meist verschlossen. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die sollte sich auch in Museen und Theaterhäusern widerspiegeln. Der Geldbeutel steht momentan für gesellschaftliche Separierung. Gerade der integrative Charakter von Kunst und Kultur eröffnet die Möglichkeit, Geflüchtete in der Mitte der Gesellschaft ankommen zu lassen. Diesen bereits begonnen Prozess muss die Politik weiter voranbringen und Initiativen, die Geflüchtete (besonders im Kiez) in die Arbeit miteinbeziehen, unterstützen.

17 Menschen mit Behinderungen werden auf dem Arbeitsmarkt stark diskriminiert. Nicht nur der Zugang zu Jobs wird ihnen kaum bis fast gar nicht möglich gemacht. In den gegenwärtigen Ausstellungen und Theaterinszenierungen sind Menschen mit Behinderungen kaum zu sehen. Deshalb ist es vor allen Dingen wichtig, dass Projekte, wie z.B. das Theater „RambaZamba“, das selbst von Menschen mit Behinderungen geschaffen worden sind und bei denen sie selbst in ihrer Entwicklung und Kreativität gefördert werden, auch finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite erfahren. Doch die Ausgrenzung zeigt sich nicht nur beim Zugang zu Jobs im kulturellen Sektor, sondern auch bei der Bezahlung. Arbeit, die von Künstler\*innen mit Behinderungen geschaffen worden ist, wird sehr schlecht bezahlt. Deshalb ist es wichtig, dass eine Angleichung des Arbeitsentgelts stattfindet. Wir sind gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse von freischaffenden Künstler\*innen und fordern deshalb den Mindestlohn in Kulturbetrieben sowie bei freischaffenden Künstler\*innen.

37 **A04/III/2016**

38 **Jusos Mitte**

39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

41 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

42

43 **Die Medizin für einen kranken Staat ist ein Soldat**

44 Wir fordern:

- 45 • keine Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren außerhalb des Katastrophenschutzes
- 46 • keine Umdeutung von Begrifflichkeiten, um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren durch neue Definitionen zu ermöglichen
- 47 • die Einsatzfähigkeit der Polizei durch ausreichend Personal und eine auf Deeskalation ausgerichtete sowie Kommunikationskompetenz fördernde Ausbildung zu stärken

55 **Begründung**

56 Die Wahrnehmung von Angriffen auf freiheitliche Ge-



1 sellschaften äußert sich in der heutigen Medienland-  
2 schaft so, dass vermehrt Feindbilder konstruiert und  
3 mit den Ängsten der Menschen gespielt wird. Die Ge-  
4 walttaten von München, Würzburg und Ansbach ha-  
5 ben gezeigt, wie vorschnelle Religion als Grund für  
6 mörderische Angriffe als Erklärungsmusterherangezo-  
7 gen und mit dem „internationalen Terror“ in Verbin-  
8 dung gebracht wurde. Ohne gründliche Prüfung wur-  
9 den ein Erklärungsansatz gefunden, der anrechtspopu-  
10 listische Äußerungen anknüpfte und die Täter\*innen  
11 als radikalisierte Islamist\*innen zeichnete, das nicht mit  
12 der Mitte des „deutschen“ Gesellschaftsmainstreams  
13 vereinbar war. Dabei verlief die Stigmatisierung und  
14 Verallgemeinerung der einzelnen Täter\*innen stellver-  
15 tretend für alle ähnlich Gläubigen. Die Religion und  
16 Herkunft der Attentäter\*innen wurden zum Alleinstel-  
17 lungsmerkmal einer Teilung der Welt in gut vs. böse;  
18 friedlich vs. kriegerisch, das vermeintlich zu Schützen-  
19 de vs. Auszuschließende; Wir vs. Die. Eine solche Logik  
20 lehnen wir Jusos ab. Für uns stellen Menschen, nur weil  
21 sie aus einem bestimmten Land, einer bestimmten Re-  
22 ligion oder eine bestimmte Kleidung tragen noch lange  
23 keine Bedrohung dar. Schon gar nicht, wenn dabei Poli-  
24 tik auf dem Rücken derer gemacht werden, die vor Krieg,  
25 Zerstörung und Verfolgung zu uns kommen, um in Si-  
26 cherheit hier ihre Ereignisse verarbeiten und ein würdi-  
27 ges Leben führen zu können. Die Debatte um innere Si-  
28 cherheit hat außerdem eine Diskussion angestoßen, die  
29 die aktuelle öffentliche Sicherheit in Deutschland the-  
30 matisierte und den Eindruck erweckte, die bestehenden  
31 Sicherheitsstrukturen müssten schnellstens verbessert  
32 werden. Neben Forderungen nach mehr Einsatzkräften  
33 und umfassender finanzieller sowie materieller Aus-  
34 stattung hat auch sofort eine Diskussion über eine Aus-  
35 weitung der Aufgaben der Bundeswehr begonnen. So  
36 forderte Bundesinnenminister de Maiziere bereits zu  
37 Beginn des Jahres die Unterstützung der Polizei durch  
38 die Bundeswehr im Innern.

39 Ein Einsatz der Bundeswehr ist bislang nur in einem  
40 bestimmten, durch das Grundgesetz festgeschriebenen  
41 Handlungsrahmen möglich, der aufgrund der histori-  
42 schen Erfahrung eine klare Trennung der Aufgaben-  
43 bereiche von Polizei und Militär regelt, wobei erste-  
44 re allein für die Innere Sicherheit zuständig ist. Nur in  
45 Ausnahmefällen, zu denen der a) Katastrophenfall so-  
46 wie b) innere Notstand zählen, können die Streitkräfte  
47 zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung  
48 und zur Hilfeleistung angefordert werden, wenn die Po-  
49 lizei hierzu alleine nicht in der Lage ist. Die momen-  
50 tan von der Bundeswehr geleistete Unterstützung im  
51 Zuge der Geflüchtetenhilfe wird als Amtshilfe (Art 35  
52 Abs. 1 GG) geleistet und stellt keinen Einsatz dar, da  
53 es im Rahmen dieser Hilfe auf eine technische Unter-  
54 stützung wie Unterbringung, Versorgung oder Trans-  
55 port beschränkt und keine hoheitlichen Tätigkeiten um-  
56 fasst. Den von mehreren Unionsinnenministern gefor-  
57 derten Einsatz von Bundeswehr im Inneren zu Terrorab-  
58 wehr lehnen wir entschieden ab! Politische Bestrebun-  
59 gen, die de facto ein Aufweichen der verfassungsrecht-

1 lichen Grenzen bedeuten, sind reine Angstpolitik und  
2 als solche ebenfalls abzulehnen. Die als Reaktion auf  
3 den internationalen Terror propagierte Notwendigkeit  
4 bei „terroristischen Großlagen“ auf das Militär zurück-  
5 greifen zu können ist bereits möglich. So versetzte Bun-  
6 desverteidigungsministerin Ursula von der Leyen rund  
7 100Feldjäger\*innen in Alarmbereitschaft, um im Notfall  
8 auf die Ereignisse in München reagieren zu können. Ob  
9 ihr Vorgehen grundgesetzlich abgesichert gewesen wä-  
10 re bleibt offen. Die Feldjäger\*innen verließen jedenfalls  
11 ebenso wie die ebenfalls in Alarmbereitschaft gesetz-  
12 ten Sanitäter\*innen und Hubschrauberbesatzungen ih-  
13 re Kaserne nicht. Doch warum gerade wenige hundert  
14 Militärpolizist\*innen die bayerische Polizei, welche zu-  
15 dem von der GSG 9 der Bundespolizei und der öster-  
16 reichischen Antiterrorereinheit unterstützt wurde, hätten  
17 helfen können, bleibt weiterhin unbeantwortet.

18 Eine Debatte über militärische Einsätze im Innern ist  
19 nichtzielführend. Eine Ausweitung des Zuständigkeits-  
20 bereiches vom Militär, sowie der Einsatz im Inneren  
21 stärken nicht das Sicherheitsgefühl. Es ist auch stark  
22 zu bezweifeln, dass die Bundeswehr über eine bessere  
23 den Anforderungen des Inlandseinsatzes entsprechen-  
24 de Ausrüstung sowie Fähigkeiten verfügt. Das Aufgebot  
25 in München zeigt auch, dass die Landesbehörden mit  
26 Unterstützung der Bundespolizei die Situation schnell  
27 unter Kontrolle bekam. Die Bundeswehr ist für Inlands-  
28 einsätze nicht ausgebildet und konzipiert. Dies soll wei-  
29 terhin Sache der Polizei bleiben!

30 Anstatt über den Einsatz von Soldat\*innen im Inland  
31 zu diskutieren, sollten die Strukturen der polizeilichen  
32 Ausbildung und Ausstattung in den Fokus der politisch  
33 Zuständigen geraten und zielorientiert überholt bzw.  
34 gestärkt werden. Angst ist kein guter politischer Rat-  
35 geber, sondern Ausdruck von Hilflosigkeit. Anstatt eine  
36 verunsicherte Gesellschaft der Abschottung und Über-  
37 wachung herbeizureden und uns vom Populismus kon-  
38 servativer und rechter Politiker\*innen treiben zu las-  
39 sen, stehen wir für eine freie, offene und integrati-  
40 ve Gesellschaft in der niemand zurückgelassen und  
41 ausgegrenzt sowie Extremismus frühzeitig bekämpft  
42 wird. Herkunft, Religion, Geschlecht und Weltanschau-  
43 ung bewerten wir nicht nach Gefährdungspotentia-  
44 len, sondern als Beitrag zu einem modernen, weltoffen-  
45 en Staat. Die SPD und ihre Mitglieder dürfen nicht in  
46 den Chor der verunsicherten, kleinbürgerlichen Natio-  
47 nalist\*inneneinstimmen, die die Gesellschaft durch ihre  
48 Politik und Rhetorik der Angst immer weiter spalten.